ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Siddiqui, Sikandar

Article

Der globale Westen zwischen Schulden, Inflation und geopolitischen Krisen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Siddiqui, Sikandar (2023) : Der globale Westen zwischen Schulden, Inflation und geopolitischen Krisen, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Sciendo, Warsaw, Vol. 103, Iss. 5, pp. 332-335,
https://doi.org/10.2478/wd-2023-0100

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/275782

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.2478/wd-2023-0100

sciendo

Wirtschaftsdienst, 2023, 103(5), 332-335

JEL: F51, F68

Sikandar Siddiqui*

Der globale Westen zwischen Schulden, Inflation und geopolitischen Krisen

Ausgerechnet in einer Phase, in der globale Herausforderungen wie der anthropogene Klimawandel eigentlich ein grenzüberschreitend koordiniertes Handeln erfordern würden, scheinen vielerorts nationale Egoismen in der Außenwirtschaftspolitik die Oberhand zu gewinnen. Zeitgleich droht die ökonomische Basis der geopolitischen Hegemonie des globalen Westens durch die Kaufkraftverluste seiner Währungen und eine steigende Schuldenlast untergraben zu werden. Sollten die Existenz und Tragweite der daraus resultierenden Dilemmata nicht erkannt werden, wird die innere Stabilität der westlichen Demokratien einer nicht zu unterschätzenden Gefahr ausgesetzt.

Die Internationalisierung der Güter-, Kapital- und Informationsströme, die nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime Osteuropas einen heftigen Beschleunigungsschub erhielt, hat entscheidend dazu beigetragen, dass weltweit Millionen von Menschen die Fesseln extremer Armut abschütteln konnten (World Bank Group, 2022). In den etablierten Industrienationen des globalen Westens hat es die damit einhergehende Intensivierung des Wettbewerbs auf den Gütermärkten, so Rogoff (2004), möglich gemacht, dass trotz einer überwiegend expansiv ausgerichteten Geldpolitik der verantwortlichen Notenbanken die Steigerungsraten der Verbraucherpreise über lange Jahre zumeist maßvoll ausfielen. Doch der Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 und der russische Einmarsch in die Ukraine 2022 haben dem Zeitalter stetig wachsender Prosperität, das mit der oft beschworenen Globalisierung einherzugehen schien, ein jähes Ende bereitet. Zugleich nehmen in vielen Staaten des globalen Westens die innergesellschaftlichen Konflikte, die unter anderem aus der ungleichen Verteilung der fraglos vorhandenen Wohlstandszuwächse aus der Vergangenheit (so unter anderem Bergh et al., 2017) resultiert haben, offenbar an Intensität zu.

Als Folge dieser Entwicklungen hat sich nicht nur, aber auch in den USA eine Kehrtwende zu einer zunehmend an nationalistischen Prinzipien ausgerichteten Wirtschaftspolitik vollzogen. Die unter Präsident Trump getroffene Entscheidung, US-amerikanische Warenimporte aus der Volksrepublik China mit Strafzöllen von 25 % zu belegen (BBC News, 2018), konnte noch mit dem Verweis auf die ebenfalls merkantilistisch anmutende Außenwirtschaftspolitik der chinesischen Regierung gerechtfertigt werden. Ebenso kann der 2021 von der Biden-Administration verabschiedete Infrastructure Investment and Jobs Act mit seinem schwindelerregend wirkenden Ausgabenvolumen von 550 Mrd. US-$ über acht Jahre als ein Versuch gewertet werden, offenkundige Versäumnisse auszugleichen, die aus einer jahrzehntelangen Vernachlässigung öffentlicher Investitionen in das Verkehrswesen sowie die Energie- und die Wasserversorgung resultiert haben.

Doch mittlerweile ist offenkundig, dass auch ein sehr erheblicher Teil der weiteren rund 500 Mrd. US-$ öffentlicher Aufträge, Steuervergünstigungen und Beihilfen, die für den Inflation Reduction Act von 2022 veranschlagt werden, ausschließlich für in den USA ansässige Empfänger:innen reserviert ist (Meyer, 2022). Nicht ohne Grund wurde daher unlängst die Befürchtung laut, dass auf diesem Wege der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen den Staaten des globalen Westens durch derartige Maßnahmen einseitig zugunsten der USA verzerrt werden wird (France 24, 2022). Der Umstand, dass die vom russischen Angriff auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise in der EU ohnehin schon schwer auf den Volkswirtschaften

© Der/die Autor:in 2023. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

* Der vorliegende Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Dr. Sikandar Siddiqui leitet den Bereich Quantitative Methoden bei der Deloitte Audit Analytics GmbH.

der meisten EU-Länder lastet, während die USA mit ihren vergleichsweise reichen Vorkommen an Schiefergas sogar zu den Profiteuren der Krise gehören könnten (Borelli, 2022), dürfte nicht dazu beitragen, die dadurch aufgekommenen Befürchtungen zu zerstreuen. Dies ist angesichts der Tatsache, dass globale Herausforderungen wie der anthropogene Klimawandel eigentlich ein grenzüberschreitend koordiniertes, solidarisches Verhalten der politisch Verantwortlichen erfordern würde, eine höchst bedenkliche Entwicklung.

Für Japan und die Mitgliedstaaten der EU ist aufgrund ihrer fortdauernden militärischen Abhängigkeit von den USA nicht zu erwarten, dass die geschilderten Interessengegensätze in wirklich substanzielle politische Spannungen münden. In anderen Teilen der Welt könnte die Entwicklung anders verlaufen. Die Republik Indien etwa geht nicht nur in der Außenpolitik – etwa im Verhältnis zur Russischen Föderation oder zu anderen Staaten des globalen Südens – dezidiert eigene Wege (Pande, 2022); auch auf ökonomischem Gebiet will die politische Führung der weltweit bevölkerungsreichsten Demokratie das Heft des Handelns offenbar in der Hand behalten und unterstützt als „strategisch" deklarierte wirtschaftliche Aktivitäten, etwa in der pharmazeutischen Industrie oder im Bereich der Informationstechnologie, mit generösen Subventionen und Erleichterungen bei Steuern und Abgaben (Dhingra und Meyer, 2021).

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben aber auch offenbar die Regierungen Boliviens, Chiles, Mexikos, Perus und Argentiniens, auf deren Territorien sich ein großer Teil jener seltenen Metalle befinden, die im globalen Westen für die Elektrifizierung des Transport- und Verkehrswesens, aber auch etwa für den Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur benötigt werden. Statt sich bei der Vermarktung dieser wertvollen Substanzen gegeneinander ausspielen zu lassen, planen die Verantwortlichen vor Ort offenbar, ihre Förderungs-, Verarbeitungs- und Vertriebsaktivitäten nach dem Vorbild der OPEC-Staaten miteinander zu koordinieren, wie unter anderem Lewkowicz (2022) und Reuters (2022) zu berichten wissen. Im Erfolgsfall ist zu erwarten, dass sich auch auf diesem essenziellen Gebiet die bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse zulasten Nordamerikas, Europas sowie Japans verschieben, zumal die ökonomischen Verheißungen, die mit den Stichworten „Energiewende" und „Digitalisierung" assoziiert werden, längst auch in anderen Staaten Aufmerksamkeit gefunden haben.

Bleibende Ambitionen, schwindende Mittel

Vor allem aber droht eine Zunahme der politischen Spannungen zwischen dem globalen Westen und der Volksrepublik China. Die zunehmende Integration des Reichs der Mitte in die Weltwirtschaft hatte um die Jahrtausendwende bei vielen westlichen Beobachter:innen die Erwartung geweckt, dass sich dieses auf Dauer mit die Rolle einer verlängerten Werkbank sowie eines Geldautomaten für die notorisch defizitären Staatshaushalte der USA, Japans und der EU zufriedengeben würde. Seit sich diese Hoffnung als trügerisch erwiesen hat, geht in den Staaten des globalen Westens offenbar die Befürchtung um, ein weiterer ökonomischer Aufstieg Chinas könne sich zu einer Herausforderung für die geopolitische Hegemonie der USA und ihrer Verbündeten entwickeln (etwa Bosco, 2023). Ob allerdings der Versuch, die wirtschaftliche Entwicklung einer Nation von über 1 Mrd. Menschen mit Zöllen, Subventionen und Drohgebärden zu behindern, sich wirklich positiv auf die internationale Sicherheit auswirkt, darf bezweifelt werden.

Dies gilt insbesondere auch deswegen, weil sich die Anzeichen dafür mehren, dass das ökonomische Fundament der geopolitischen Dominanz des globalen Westens zunehmend auf tönernen Füßen zu stehen scheint. Schließlich nähern sich die als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts ausgedrückten Schuldenquoten der öffentlichen Haushalte in einer ganzen Reihe von EU-Ländern – wie auch in den USA und Japan – mittlerweile dem Niveau aus der Zeit unmittelbar nach der Finanzkrise von 2008/2009 oder liegen zum Teil sogar darüber (Trading Economics, 2022). Dabei spiegeln diese Zahlen die erheblichen Mehrausgaben, die in den meisten dieser Nationen infolge der demografischen Alterung und für den eigentlich doch fest zugesagten Übergang zu einer klimafreundlichen Ökonomie zu erwarten sind, noch ebenso wenig wider wie die unlängst aus verständlichen Gründen beschlossenen Zuwächse bei den Verteidigungsausgaben. Dies alles gibt Anlass zu der Befürchtung, dass zumindest einige dieser Staatshaushalte der Gefahr ausgesetzt sind, ihre Schuldendienstfähigkeit zu überfordern.

Das vielleicht sicherste Indiz für die Stichhaltigkeit dieser Befürchtung sind nicht die Zahlenkolonnen aus der offiziellen Statistik, sondern die Tatsache, dass sich in den besagten Wirtschaftsräumen die Zentralbanken während der vergangenen Jahre gezwungen sahen, als letztinstanzliche Käufer für öffentliche Anleihen der betreffenden Länder am Markt aufzutreten, die ansonsten angesichts ihres wenig attraktiven Risiko- und Renditeprofils keine hinreichende Akzeptanz bei privaten Investoren gefunden hätten (etwa Giordano, 2020). Diese geldpolitische Strategie konnte so lange ohne gravierende Rückschläge durchgehalten werden, wie die Steigerungsraten der Verbraucherpreise durch intakte Lieferketten, einen intensiven grenzüberschreitenden Wettbewerb unter den Produzenten und reichlich verfügbare Energierohstoffe

in eng gesteckten Grenzen gehalten wurden. Unter den aktuell geltenden Bedingungen ist jedoch keine dieser Voraussetzungen mehr gegeben.

Hinzu kommt: Über lange Jahre konnten die Staaten des globalen Westens sich an den internationalen Finanzmärkten zu Vorzugskonditionen verschulden, weil insbesondere US-Dollar, aber (in geringerem Maße) auch etwa Euro, Sterling und Yen im internationalen Güter- und Kapitalverkehr zu den am häufigsten eingesetzten und akzeptierten Zahlungs- und Anlagewährungen gehören (IMF, 2022). Doch unter den heutigen Bedingungen droht mit der schwindenden Kaufkraft dieser Währungen auch ihre Akzeptanz als universelles Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel einem Erosionsprozess unterworfen zu sein. Dies gilt umso mehr, als auch Inhaber:innen von Bankkonten sich nicht mehr unbedingt darauf verlassen können, dass ihre Verfügungsrechte an den darauf gehaltenen Guthaben auch im Krisenfall fortbestehen. Deutlich gezeigt hat das schon die auf Kosten der Einlagekund:innen vollzogene, handstreichartige Sanierung des zypriotischen Bankensektors im Jahr 2013 (Eder und Gaugele, 2013); aber auch die zunehmende Tendenz zum Einsatz finanzieller Restriktionen als Waffe im Rahmen geopolitischer Konflikte, etwa bei der Aufkündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran durch die USA (etwa Sen, 2019), weist in die gleiche Richtung.

Erosion des Vertrauens

Es ist daher wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, bis sich im Bewusstsein der maßgeblichen Beteiligten der Eindruck festsetzt, dass die Praxis der Staatsfinanzierung in den führenden Nationen des globalen Westens Züge eines gigantischen Schneeballsystems aufweist, in dem bestehende Verbindlichkeiten nur durch die Aufnahme neuer, immer größerer Schulden bedient werden. Es liegt im Wesen derartiger Systeme, dass ihr Fortbestand in dem Maße gefährdet ist, wie das Vertrauen in seine Stabilität nachlässt.

Möglicherweise ist die schon im Jahr 2022 zu verzeichnende, starke Zunahme der kumulierten Goldreserven der Zentralbanken weltweit (Verma, 2022) ein Indiz dafür, dass dieser Prozess mittlerweile begonnen hat. Auch die in der Arbeit von Liu und Papa (2022) dokumentierten, teilweise bereits erfolgreichen Bemühungen der BRICS-Staaten, Alternativen zu dem faktisch von den USA dominierten, grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrssystem SWIFT zu etablieren, sind vor diesem Hintergrund erklärbar. Auf jeden Fall besteht aktuell jedoch für ökonomisch rational Handelnde, die über nennenswerte Geldvermögen verfügen, ein starker Anreiz dazu, so viel wie möglich davon für den Erwerb von Vermögenswerten einzusetzen, von deren Tausch- oder Gebrauchswert sie ein höheres Maß an Beständigkeit erwarten. Beispiele hierfür sind Grund und Boden, Industrie- und Agrarrohstoffe, Edelmetalle sowie Anteile an Unternehmen, die für menschliches Leben unentbehrliche Waren und Leistungen, wie etwa Trinkwasser, Nahrungsmittel, Energie und pharmazeutische Erzeugnisse, produzieren. Sollte die gegenwärtige Tendenz dazu, geopolitische Hegemonieansprüche auch unter Einsatz robusterer Instrumente als jenen der Diplomatie durchsetzen zu wollen, fortbestehen, dürfte das freilich auch die Bilanzen von Unternehmen aufbessern, deren Produkte nicht notwendigerweise der Erhaltung menschlichen Lebens dienen, sondern zu dem genauen Gegenteil eingesetzt werden können. Als Folge dieser Entwicklungen droht der beginnende Schwund des Vertrauens in die Wertbeständigkeit der aktuell weltweit noch führenden Handels- und Anlagewährungen alsbald zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu werden.

Imperiale Überdehnung und die Stabilität von Demokratien

Über die Frage, mit welchen Mitteln sich die Regierungen des globalen Westens der schleichenden Aushöhlung des ökonomischen Fundaments ihrer geopolitischen Vormachtstellung entgegenstellen werden, kann einstweilen nur spekuliert werden. Offensichtlich ist, dass jeder auf dieses Ziel gerichtete Versuch eine Inanspruchnahme sehr erheblicher ökonomischer Ressourcen erfordern wird, die dann für andere Zwecke – etwa die Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen, Investitionen in Bildung und Infrastruktur oder auch nur die Befriedung innergesellschaftlicher Verteilungskonflikte – logischerweise nicht mehr zur Verfügung stehen.

So kommt die Sprache fast zwangsläufig auf den in Yale lehrenden Historiker Paul Kennedy (1987), der auf Grundlage mehrerer historischer Präzedenzfälle zu einer These gelangt ist, die oft bündig mit dem Begriff der „imperialen Überdehnung“ (imperial overstretch) zusammengefasst wird. Damit ist gemeint, dass Großmächte bei dem Versuch, den Status einer weltweit führenden Supermacht zu erlangen, die Saat ihres eigenen Niedergangs ausbringen können, weil die Mittel, die für die weitere Ausdehnung ihrer geopolitischen Einflusssphäre eingesetzt werden, zur Sicherung des bereits Erreichten fehlen. Bekanntlich ist keineswegs garantiert, dass derartige Prozesse ohne nennenswerte Verluste an Menschenleben ablaufen.

Im Interesse der Transparenz wäre es daher zu begrüßen, wenn die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik zumindest zu verstehen geben könnten, dass sie sich der Existenz und der Tragweite der oben beschriebenen Dilemmata bewusst sind, und welche Alternativen sie zu

ihrer Bewältigung in Erwägung ziehen. Geschieht dies nicht, dürfte sich in erheblichen Teilen der Öffentlichkeit der Eindruck festsetzen, dass zumindest Teile der ökonomischen wie politischen Machteliten des globalen Westens den Herausforderungen der Jetztzeit ohne das wünschenswerte Maß an Orientierung gegenüberstehen. Für die innere Stabilität der westlichen Demokratien könnte dies zu einer nicht zu unterschätzenden Gefahr werden.

Literatur

BBC News (2018), Trump puts 25% tariff on Chinese goods, https://www.bbc.com/news/business-44498484 (19. Januar 2023).

Bergh, A., A. Kolev und C. Tassot (2017), *Economic globalisation, inequality and the role of social protection*, OECD.

Borelli, S. (2022), Gas tycoon Charif Souki sees US boon from Europe's energy crisis, *Financial Times*, 8. September.

Bosco, J. (2023), US-China war game shows need for victory if deterrence fails, *The Hill*, 17. Januar, https://thehill.com/opinion/international/3815457-us-china-war-game-shows-need-for-victory-if-deterrence-fails/ (2. Mai 2023).

Dhingra, S., und T. Meyer (2021), Leveling the Playing Field: Industrial Policy and Export-Contingent Subsidies in India, *World Trade Review*, 1-17.

Eder, F. und J. Gaugle (2013), Zypern nimmt den Sparern 5,8 Milliarden Euro, *Die Welt*, 16. März, https://www.welt.de/wirtschaft/article114502095/Zypern-nimmt-den-Sparern-5-8-Milliarden-Euro.html (19. Januar 2023).

France 24 (2022), Why EU leaders are upset over Biden's Inflation Reduction Act, https://www.france24.com/en/europe/20221216-why-eu-leaders-are-upset-over-biden-s-inflation-reduction-act (19. Januar 2023).

Giordano, J. (2020), Federal Reserve Becomes Buyer of Last Resort, *S&P Global*, 27. März, https://www.spglobal.com/en/research-insights/articles/federal-reserve-becomes-buyer-of-last-resort (19. Januar 2023).

IMF – International Monetary Fund (2022), Currency Composition of Official Foreign Exchange Reserves (COFER), https://data.imf.org/?sk=E6A5F467-C14B-4AA8-9F6D-5A09EC4E62A4 (19. Januar 2023).

Kennedy, P. (1987), *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, Random House.

Lewkowicz, J. (2022), Lateinamerika diskutiert regionale Strategie für die Lithiumproduktion, *amerika21 – Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika*, 4. November, https://amerika21.de/analyse/260767/lateinamerika-lithiumproduktion (24. Januar 2023).

Liu, Z. Z. und M. Papa (2022), *Can BRICS De-dollarize the Global Financial System?*, Cambridge University Press.

Meyer, R. (2022), The Biggest Thing to Happen in International Climate Diplomacy in Decades, *The Atlantic*, 31. August.

Pande, A. (2022), Russia Ties Will Not Impede India's Growing US Partnership, *The Diplomat*, 17. November, https://thediplomat.com/2022/11/russia-ties-will-not-impede-indias-growing-us-partnership/ (22. Januar 2023).

Reuters (2022), Mexico seeks lithium association with Argentina, Bolivia and Chile, https://www.reuters.com/world/americas/mexico-seeks-lithium-association-with-argentina-bolivia-chile-2022-05-03/ (19. Januar 2023).

Rogoff, K. (2004), Globalization and Global Disinflation, in Federal Reserve Bank of Kansas City (2004), *Monetary Policy and Uncertainty: Adapting to a Changing Economy, Papers and Proceedings of 2003 Jackson Hole Symposium*.

Sen, J. (2019), The Weaponization of the Dollar: Policy Options for Small Countries, *LSE Ideas*, August 2019.

Trading Economics (2022), Country List: Government Debt to GDP, https://tradingeconomics.com/country-list/government-debt-to-gdp (19. Januar 2023).

Verma, M. (2022), Financial and Monetary Systems: Here's why so many central banks are buying gold, https://www.weforum.org/agenda/2022/11/central-banks-gold-market-economy-global/ (19. Januar 2023).

World Bank Group (2022), Correcting Course.

Title: ***The Global West Between Debt Overhang, Monetary Depreciation and Geopolitical Tensions***

Abstract: *At a time in which global challenges such as anthropogenic climate change would actually require cross-border coordinated policy action, the selfish pursuit of national interest frequently gains the upper hand in the practice of international economic policy. At the same time, the economic basis of the geopolitical hegemony of the global West is at risk of being undermined due to soaring rates of inflation and an increasing debt burden. If those responsible in business and politics fail to demonstrate, in a credible manner, that they are aware of the existence and scope of the resulting dilemmas, they could expose the internal stability of western democracies to a substantial threat.*